

Sitzungsniederschrift

2. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration

Sitzungsort: Bürgerhaus am Ihler Meer, 1. Kompanieweg 3, 26632 Ihlow		
Sitzungsdatum: 15.03.2022	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:18 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Forster, Hans	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Biller, Anita	SPD	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	
Reinken, Wilhelm	FW im Landkreis Aurich	
Seeberg, Timo	SPD	
Ubben, Hilde	FW im Landkreis Aurich	
Weilage, Udo	CDU/FDP	
Beratende Mitglieder		
Caspers, Matthias		Arbeitergemeinschaft der Wohlfahrtspflege
Frieden, Helene		Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Regionalverband Weser-Ems
Köhler, Jörg		Erwerbslosen/Arbeitsloseninitiative
Pieschke, Bärbel		Behindertenbeauftragte
Saathoff, Peter		Sozialverband Deutschland, Kreisverband Aurich-Norden
Tobiassen, Bernd		Ausländerbeauftragter
Verwaltung		
Hoofdmann, Sandra		

Müller, Michael	Leiter Amt 52
Puchert, Dr. Frank	
Seemann, Volker	Zuständig für die Widersprüche und zuständiger Abteilungsleiter Migration
Buschmann, Saskia	CDU/FDP
Harms, Antje	SPD
Looden, Jan	AfD
Schoone, Friede	SPD

Nicht anwesend:

Mitglieder

de Vries, Kevin	SPD
Krüsmann, Enno	SPD
Tammen, Harald	CDU/FDP

Grundmandat

Tyedmers, Johannes	AfD
--------------------	-----

Beratende Mitglieder

Wilken, Kerstin	Arbeitergemeinschaft der Wohlfahrtspflege
-----------------	---

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.12.2021 - öffentlicher Teil -
5. Einwohnerfragestunde
6. Flüchtlinge aus der Ukraine; Sachstandsbericht
7. Stationäres Hospiz; Sachstandsbericht von Frau Bitiq
8. Zuschuss zur Implementierung und Inbetriebnahme eines stationären Hospizangebotes
Vorlage: X/2022/030
9. Bericht des Jobcenters; Jahresabschluss 2021
10. Antrag "Bündnis 90/Die Grünen" vom 30.01.2022; Bericht über die Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises Harburg und seiner Kommunen



Vorlage: X-AF/2022/013

11. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
 12. Einwohnerfragestunde
 13. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Forster eröffnete um 15.00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle anwesenden Personen. Herr Forster gab den Hinweis, dass die Sitzung unter Einhaltung der 3 G Regelungen erfolge und eine Prüfung durch die Verwaltung vorgenommen wurde. Er bat darum, dass die Masken während der Sitzung getragen werden.

Vorsitzender Forster wies daraufhin, dass für drei beratende Mitglieder noch eine Pflichtenbelehrung vorgenommen werden müsse.

Erster Kreisrat Dr. Puchert nahm die Pflichtenbelehrung gem. § 43 NkomVG bei Frau Frieden, Herrn Köhler und Herrn Saathoff vor.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Forster stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Forster erkundigte sich bei den Mitgliedern des Ausschusses, ob es Einwände zur Tagesordnung gäbe.

Abgeordnete Harms beantragte, den Punkt 10 von der Tagesordnung zu nehmen, da über das Thema bereits im Kreistag gesprochen worden sei.

Erster Kreisrat Dr. Puchert empfahl den Tagesordnungspunkt stehen zu lassen. Der Ausschuss solle über das Thema diskutieren und eine Entscheidung treffen.

Abgeordnete Harms teilte mit, dass sie den Antrag zurückziehe.

Vorsitzender Forster erkundigte sich erneut, ob Einwände gegen die Tagesordnung erhoben werden. Die Mitglieder des Ausschusses trugen keine Einwände vor.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.12.2021 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wurde bei 7 Enthaltungen –wegen Nichtteilnahme- genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 7
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Vorsitzender Forster eröffnete die Einwohnerfragestunde und erkundigte sich, ob Wortbeiträge vorlägen.

Herr Wendt, Vorsitzender der Flüchtlingshilfe Aurich, erkundigte sich, ob der Landkreis Aurich an einer Zusammenarbeit interessiert sei. In der letzten Sitzung sei zugesichert worden, dass die ehrenamtlichen Helfer*innen über die Veränderungen in der Migrationsarbeit informiert werden. Dies sei bis heute nicht passiert und das erschwere die Arbeit.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortete, dass der Landkreis Aurich selbstverständlich an einer Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Helfer*innen interessiert sei. Die letzte Flüchtlingskrise sei ohne das Engagement der ehrenamtlichen Helfer*innen nicht so gut bewältigt worden. Der Wortbeitrag werde zum Anlass genommen, mit Herrn Endelmann Kontakt aufzunehmen, um die Kommunikationswege zu beschreiben.

Herr Wendt wies daraufhin, dass die Homepage des Landkreises Aurich zum Thema Migration fehlerhaft sei.

Erster Kreisrat Dr. Puchert nahm den Hinweis auf und sicherte eine Prüfung und entsprechende Korrektur zu.

TOP 6 **Flüchtlinge aus der Ukraine; Sachstandsbericht**

Vorsitzender Forster leitete den Tagesordnungspunkt zur Ukraine Situation ein und machte sein Entsetzen über den Krieg deutlich. Als eine Folge des Krieges, beschrieb er die Flucht vieler Menschen. Diese würden unter anderem auch nach Deutschland flüchten. Für einen Einblick in den aktuellen Sachstand bat er Herrn Schäfer um Erläuterung.

Herr Schäfer, Leiter des Ordnungsamtes, präsentierte den aktuellen Sachstand anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 1).

Abgeordneter Reinken bedankte sich für die Ausführungen und berichtete von den Erfahrungen der Helfer*innen. Vor Ort seien diese auf Problemlagen gestoßen, die er der Verwaltung mitteilen möchte. Beispielsweise sei die Hotline der Stadt Laatzten nur bis 16.00 besetzt, es seien keinerlei Informationen im Internet zu finden, Busse mit



Menschen müssten sich bis 16.00 Uhr angemeldet haben, sonst kämen sie nicht mehr auf das Gelände, zudem sei die Anfahrtsadresse fehlerhaft. Daneben würden vor Ort Dolmetscher und Psychologen fehlen. Er bat den Landkreis Aurich diese Informationen weiterzugeben und bei den eigenen Planungen zu berücksichtigen.

Herr Schäfer bedankte sich für die Hinweise und teilte mit, dass jegliche Hinweise auch jederzeit an die E-Mail Adresse: Ukraine@landkreis-aurich.de gesandt werden können. Aktuell gäbe es im Landkreis Aurich 101 Dolmetscher, die die Landessprache der Ukraine sprechen und sich als Dolmetscher zur Verfügung gestellt hätten. Auch sei bereits erkennbar, dass geflüchtete Menschen selbst bereit seien, als Dolmetscher zu fungieren, sofern sie gutes Englisch oder Deutsch sprechen. Alle weiteren Punkte habe der Landkreis Aurich im Blick, weil hier auf Erfahrungen der letzten Flüchtlingskrise zurückgegriffen werden könne.

Abgeordneter Seeberg erkundigt sich, welche Schritte nötig seien, damit geflüchtete Menschen einer Arbeit in Deutschland nachgehen können.

Herr Schäfer erläuterte, dass bei Aufnahme die erlernten Berufe abgefragt würden. Diese müssten dann jedoch erst offiziell anerkannt werden, um in diesem Beruf als gelernte Kraft auch tätig sein zu dürfen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert ergänzte, dass für die Menschen aus der Ukraine eine Arbeitserlaubnis bestünde. Diese dürfen dem Grunde nach sofort einer Tätigkeit nachgehen, bis zur Klärung des erlernten Berufes, beispielsweise als Helfer*in. Ebenfalls bestünde eine Aufenthaltserlaubnis.

Abgeordneter Fohrden bedankte sich bei Herrn Schäfer und erinnerte, dass im Kreistag bereits eine Resolution fraktionsübergreifend einstimmig beschlossen worden sei. Es sei allen klar, dass hier geholfen werden müsse. Der Landkreis habe mit seiner Arbeit und den langjährigen Erfahrungen die besten Voraussetzungen geschaffen.

Herr Köhler erkundigte sich, ob zum Großteil Frauen und Kinder einreisen würden.

Herr Schäfer antwortete, dass dies bei den bislang eingereisten Personen so festzustellen sei.

Herr Tobiassen wies daraufhin, dass auch bei ihm eine Reihe von Unterstützungsangeboten ankämen. Da es sich dabei auch um Personen handle, die bisher noch nicht ehrenamtlich im Rahmen der Flüchtlingsarbeit in Erscheinung getreten seien, schlug er vor, zentrale Informationsveranstaltungen auszurichten. Er gab zu bedenken, dass es eine große Aufgabe sei, Menschen bei sich Zuhause aufzunehmen. Insbesondere wenn es um unbegleitete Minderjährige gehe. Dabei gäbe es eine Reihe von Barrieren zu überwinden, wie die Verständigung. Die Menschen müssten hier im Vorfeld gut aufgeklärt werden.

Herr Schäfer nimmt den Vorschlag entgegen und werde diesbezüglich Kontakt zu Herrn Tobiassen aufnehmen. Grundsätzlich sei derzeit noch nicht geplant, unbekannte geflüchtete Menschen in Privathaushalten zu geben.

Vorsitzender Forster bedankte sich für den informativen Vortrag und schlug vor, in dieser Runde zu diesem Thema erneut zusammen zu kommen, sobald es die Situation erforderlich mache.

TOP 7 Stationäres Hospiz; Sachstandsbericht von Frau Bitiq

Frau Bitiq, Mitglied des Vorstandes des Fördervereins, trug anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 2) den aktuellen Sachstand zum Hospiz am Meer vor. Hierbei unterstützte sie die 2. Vorsitzende Frau Fischer.

Abgeordneter Albrecht bedankte sich und äußerte den Wunsch, dass der nachfolgenden Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt werde.

Abgeordneter Looden erkundigte sich, welches Finanzvolumen die 5 % Betriebskosten ausmachen.

Frau Fischer teilte mit, dass dies ca. 200.000 € jährlich seien, die durch Spenden eingenommen werden müssen.

Abgeordnete Albers erkundigte sich, ob dem Hospiz ein Grundstück seitens des Landkreises Aurich zur Verfügung gestellt worden sei.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortete, dass dies zunächst die Idee gewesen sei. Dann verliefen die Entwicklungen jedoch in verschiedene Richtungen und es wurde ein geeignetes Grundstück seitens des Vereins in Hage gefunden. In Gesprächen mit dem Verein wurde dann besprochen, dass der Landkreis mit einem Zuschuss statt einem Grundstück helfen könne.

Abgeordnete Albers erkundigte sich, ob der Landkreis Aurich sich für den Zuschussbetrag eine Grundschuld eintragen lasse.

Erster Kreisrat Dr. Puchert wies daraufhin, dass die Fragen zum Zuschuss erst im nächsten Tagesordnungspunkt zu stellen seien. Hier gehe es zunächst um den Vortrag des Fördervereins.

Abgeordnete Albers fragte, wie es um die Situation für Plätze für Kinder und Jugendliche aussehe.

Frau Bitiq erläuterte, dass das nächste Kinderhospiz in Wilhelmshaven verortet sei. Anhand der Bedarfszahlen sei darüber hinaus kein weiteres Hospiz für Kinder und Jugendliche nötig. Es sei an dieser Stelle zu erwähnen, dass ein Hospiz für Kinder und Jugendliche anders arbeite als ein Hospiz für Erwachsene.

Vorsitzender Forster bedankte sich für den Vortrag und rief auf, Mitglied im Förderverein zu werden und über diesen Weg das Hospiz zu unterstützen.

TOP 8 **Zuschuss zur Implementierung und Inbetriebnahme eines stationären Hospizangebotes**
Vorlage: X/2022/030

Herr Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales, stellte die Beschlussvorlage vor.

Abgeordnete Ubben erkundigte sich, ob es bei einem Zuschuss in Höhe von 500.000,00 € bleiben würde.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortete, dass es so in der Beschlussvorlage nachzulesen sei.

Abgeordneter Fohrden bedankte sich. Es handle sich dabei um eine freiwillige Leistung, der man zustimmen sollte. Jeder der bereits in so einer Lage gewesen sei, wisse wie wichtig dieses Angebot für die Region ist.

Vorsitzender Forster ließ sodann über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 **Bericht des Jobcenters; Jahresabschluss 2021**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, beschloss der Ausschuss einstimmig den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung zu verschieben. Die Verwaltung solle prüfen, ob hierfür eine Sondersitzung im April möglich sei.

TOP 10 **Antrag "Bündnis 90/Die Grünen" vom 30.01.2022; Bericht über die Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises Harburg und seiner Kommunen**
Vorlage: X-AF/2022/013

Abgeordnete Albers stellte den Antrag vor und berichtete, dass es diesen seit dem 30.01.2022 gäbe und ihr bekannt wurde, dass der Vertreter aus dem Landkreis Harburg noch nicht eingeladen worden sei und der Ausschuss nunmehr darüber entscheiden solle, ob eine Einladung erfolge. Frau Albers unterbreitete den Vorschlag, den Antrag in die Fraktionen zu geben, um in der nächsten Sitzung darüber zu sprechen.

Abgeordnete Biller erkundigte sich nach dem Hintergrund, weshalb ein Bericht vom Landkreis Harburg notwendig sei.

Erster Kreisrat Dr. Puchert berichtete, dass der Landkreis Aurich nicht verpflichtet werden könne, bestimmte Personen in den Ausschuss einzuladen. Aus diesem Grund wurde der Vorschlag unterbreitet, den Ausschuss kurzfristig darüber abstimmen zu



lassen. Zunächst müsse die Grundentscheidung getroffen werden, dass es sich hierbei um eine Aufgabe des Landkreises Aurich handle. Erst wenn diesbezüglich eine positive Haltung vorläge, sei es nachvollziehbar sich inhaltlich damit zu beschäftigen. Diese Grundfrage sei bereits vor einem Jahr gestellt worden und die Antwort lautete damals, dass es keine Aufgabe des Landkreises Aurich sei. Somit sei es nicht nachvollziehbar den Kreisrat aus Harburg einzuladen.

Abgeordnete Albers bestätigte, dass der Antrag im letzten Jahr abgelehnt worden sei, dennoch könne man sich informieren und es sei peinlich diese Idee nicht aufzugreifen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erinnerte daran, dass der Landkreis Aurich rund 3.500 Mitarbeitende beschäftige und es deplatziert sei, den Eindruck zu vermitteln, dass der Landkreis Aurich sich vor Verantwortung drücke.

Abgeordneter Fohrden erinnerte, dass die Diskussion im Kreistag geführt wurde und feststehe, dass es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe handle und zunächst eine Grundsatzentscheidung herbeigeführt werden müsse. Es gäbe viele wichtige Aufgaben derzeit und es fehle im Ausschuss die Zeit sich in dieser Phase diesbezüglich zu informieren und etwas auf den Weg zu bringen. Daher müsse der Antrag abgelehnt werden.

Abgeordnete Buschmann gab an, dass es Aufgabe der Kommunen sei und es daher sinnvoller sei, wenn die Kommunen sich diese Informationen einholen.

Abgeordneter Looden teilte mit, dass Dr. Puchert eine Brücke gebaut habe. Erst wenn der Kreistag beschließen, dass der Landkreis Aurich den sozialen Wohnungsbau betreiben solle, sei es angebracht, dass die Fraktionen darüber beraten.

Abgeordnete Albers kündigte an, dass der Antrag bereits zweimal gestellt worden sei, und dies in der Zukunft wiederholt werden würde.

Erster Kreisrat Dr. Puchert machte deutlich, dass es schwierig sei mit demokratischen Entscheidungen in der Form umzugehen, dass Anträge immer wieder gestellt werden, nur weil das Ergebnis nicht zufriedenstellend sei.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 1 Nein-Stimmen: 10 Enthaltungen: 2

➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 11 Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Herr Köhler erkundigte sich, wie das Jobcenter mit den steigenden Energiekosten umgehe und wollte wissen, ob weitere Darlehen gewährt würden.

Herr Focken, Amtsleiter des Jobcenters, teilte mit, dass das Thema umfassend in der Sitzung im Dezember besprochen wurde. Bisher seien noch keine Nachfragen im Jobcenter aufgelaufen.

TOP 12 **Einwohnerfragestunde**

Herr Wendt, Vorsitzender der Auricher Flüchtlingshilfe, machte auf „Ein Herz für Ostfriesland“ aufmerksam und rief auf, Projekte zu melden. Zudem erkundigte er sich, wie der Verein an Dolmetscher kontaktieren könne. Hierfür wünsche er sich Ansprechpartner.

Herr Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales, antwortete, dass Herr Wendt im Nachgang zur Sitzung bzgl. der Dolmetscher eine Antwort erhalte.

TOP 13 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Forster schloss um 16.59 Uhr die Sitzung.

gez. Forster
Vorsitzender

gez. Hoofdmann
Protokollführerin